

Lokale Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt -

Rahmenbedingungen für Gemeinwesenarbeit und
eine nachhaltige Soziale Stadtteilentwicklung

2. Arbeitstreffen: Gemeinwesenarbeit als kommunale Strategie zur Reduzierung von Armut und Ausgrenzung
Christoph Kummer, Servicestelle HEGISS/LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.

Was ist die LAG?

Zusammenschluss von Bewohnerinitiativen und Gemeinwesen-arbeitsprojekten in Sozialen Brennpunkten in Hessen seit 1974

Ziel: Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen für die Menschen in Sozialen Brennpunkten bzw. benachteiligten Stadtteilen

Zielerreichung: Wissenstransfer, Fachberatung, Stärkung der Gemeinwesenarbeit, Netzwerkbildung, Lobby, Bildungs- und Zielgruppenarbeit, Konzeptentwicklung

Erfolge: Auflösung fast aller Obdachlosensiedlungen in Hessen

Partner bei der Umsetzung des Bund-/Länder Programms
“Soziale Stadt” in Hessen (HEGISS)

Gemeinwesenarbeit als fachlicher und politischer Arbeitsansatz in Sozialen Brennpunkten



Großes Ziel des Projektes:

„Gemeinwesenarbeit als kommunale Strategie zur Reduzierung von Armut und Ausgrenzung“

trifft auf:

Begriffliche Unschärfe der Gemeinwesenarbeit

„‘Die‘ GWA gab es so gar nicht.“ (Wolfgang Hinte)

Variationen: integrativ-fürsorgenderisch, technokratisch, konfliktorientiert, emanzipatorisch, basisdemokratisch, 3. Methode der Sozialarbeit, Arbeitsprinzip GWA

Standards der Gemeinwesenarbeit

- Sozialraumblick, Orientierung am sozialen Raum
- Berücksichtigung der Interessen und persönlichen Hintergründe der Bevölkerung (Bewohner als ExpertInnen)
- Ressourcenansatz: Ansetzen bei den Stärken
- Ressourcenerweiterung: Hilfe zur Selbsthilfe, Stärkung der Eigeninitiative (u.a. politische Bildung, Organisation von Teilhabe)
- Zielgruppenübergreifende Ansätze: Ermittlung gemeinsamer Interessen, Dialog und Kommunikation zwischen Gruppen
- Bereichsübergreifender Ansatz: Wirkungszusammenhänge aufzeigen
- Kooperation und Vernetzung der Stadtteilakteure
- Politische Einflussnahme, Arbeiten an strukturellen Veränderungen

Handlungsmaxime der GWA

- Politischer Ansatz: Lebensweltgestaltung für mehr Gerechtigkeit; Veränderung der Verhältnisse nicht „Verbesserung“ der Menschen
- Präsenz vor Ort
- Kenntnisse über Lebenswelt
- Aktivierung statt Betreuung
- Organisation individueller und kollektiver Betroffenheit
- Parteilichkeit für benachteiligte Bevölkerungsgruppen
- Kommunikation zwischen den Lebenswelten
- Verhinderung von Alibi-Politik, keine „Pflasterkleberei“
- Pragmatisches Vorgehen zwischen Skandalisierung und Dialog

Gemeinwesenarbeit im Stadtteil



Rahmenbedingungen für Soziale Stadtteilentwicklung

LOGISS: Stadtweite Steuerung von Stadt(teil)entwicklungsprozessen

Planvolles, abgestimmtes Vorgehen im Rahmen von Stadtteilentwicklungskonzepten

Organisation eines Dialogs zwischen Bürgern und Politik zur Stärkung der lokalen Demokratie und Nutzung des Expertenwissen der StadtbewohnerInnen

Entwicklung und Abstimmung von Stadtteilzielen und der Umsetzung in gemeinsamer Leistung aller Stadtteilakteure

Schaffung von stadtteilbezogener Verwaltungsstrukturen

Unterstützung für Koordination, Kommunikation, Aktivierung und Impulsgebung im Stadtteil

Transparente und niedrigschwellige Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten, politische Bildung

1. Lokale Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (LOGISS)

Stadtteilübergreifende Steuerung und Planung für Soziale Stadtentwicklung mit dem Ziel der Verhinderung benachteiligter Quartiere

Definition und Identifizierung von benachteiligten Quartieren unter Nutzung von Sozialraumbeobachtung

Prioritätenfestlegung, Mittelsteuerung

Schneller Transfer erfolgreicher Projekte in andere Stadtteile

Gemeinsame Projektentwicklung und -anträge

Dauerhafte politische Aufmerksamkeit für die benachteiligten Quartiere

Selbstverpflichtung zur Philosophie des Sozialen Stadt-Ansatzes

Umsetzungsform: z.B. Magistratskommission mit „Servicestelle“/GWA-Verbund

Philosophie des Handlungsansatzes “Soziale Stadt”

- Aktivierung und Beteiligung der StadtteilbewohnerInnen als ExpertInnen, Stärkung des 3. (gemeinnützigen) Sektors
- Maßnahmenbündelung statt isoliert stehender Einzelmaßnahmen
- Mobilisierung aller Ressourcen für die benachteiligten Stadtteile
- Ressort- und politikfelderübergreifende Koordination und Kooperation
- Zusammenwirken verschiedenster Politikfelder: Städtebau- und Wohnungsbauförderung, Soziales, Arbeits- und Ausbildungsförderung, Frauen, Familien- und Jugendhilfe, Bildung, Integration, Gesundheit, Wirtschaft, Umwelt, Kultur, Verkehr, Sicherheit.

2. Integrierte Handlungskonzepte für Stadtteile

Bestandsaufnahme, Ausgangslage, Stärken-Schwächen-Analyse,
Beschreibung der Probleme und Ressourcen des Stadtteils

Formulierung und Festlegung von Entwicklungszielen

Beschreibung von möglichen Maßnahmen und Projekten zur Erreichung
des definierten Ziels in verschiedenen Handlungsfeldern

Darlegung der Organisationsstrukturen

Leitbild zur BewohnerInnenbeteiligung



3. Foren zur Zielfestlegung und abgestimmter Umsetzung

als formalisierter Politik-Bürger-Dialog:

Stadtteilbeiräte oder Kommissionen

im Rahmen weitgehend verbindlicher Träger- und Akteursnetzwerke:

Runde Tische oder Stadtviertelrunden, Stadtteilkonferenzen



4. Sozialraumorientierte Verwaltung

Abstimmung der relevanten Ämter

Lenkungsgruppen zur Umsetzung der jeweiligen Stadtteilziele

Benennung von Stadtteilkoordinatoren bzw. -beauftragten

- mit Akzeptanz bei allen Verwaltungseinheiten
- Zuordnung bevorzugt im Sozialbereich zur Herstellung von Augenhöhe

5. Unterstützungs- und Aktivierungsstruktur im Stadtteil

Klar identifizierbare Zuständigkeit und Anlaufstelle zur Aktivierung, Koordination, Kommunikation und Impulsgebung im Stadtteil

siehe Übersicht: Gemeinwesenarbeit

6. Selbst-(organisation) von Bürgerengagement

Leitbild zur Bürgerbeteiligung mit Aussagen zur Dialogbereitschaft und Handlungsspielräumen)

Stärkung von engagierten Gruppen, Aufbau von Initiativen (z.B. Anwohnerinitiativen, Stadtteilvereine, Mieterbeiräte, Nutzergemeinschaft Nachbarschaftshaus, Frauengruppen etc.)

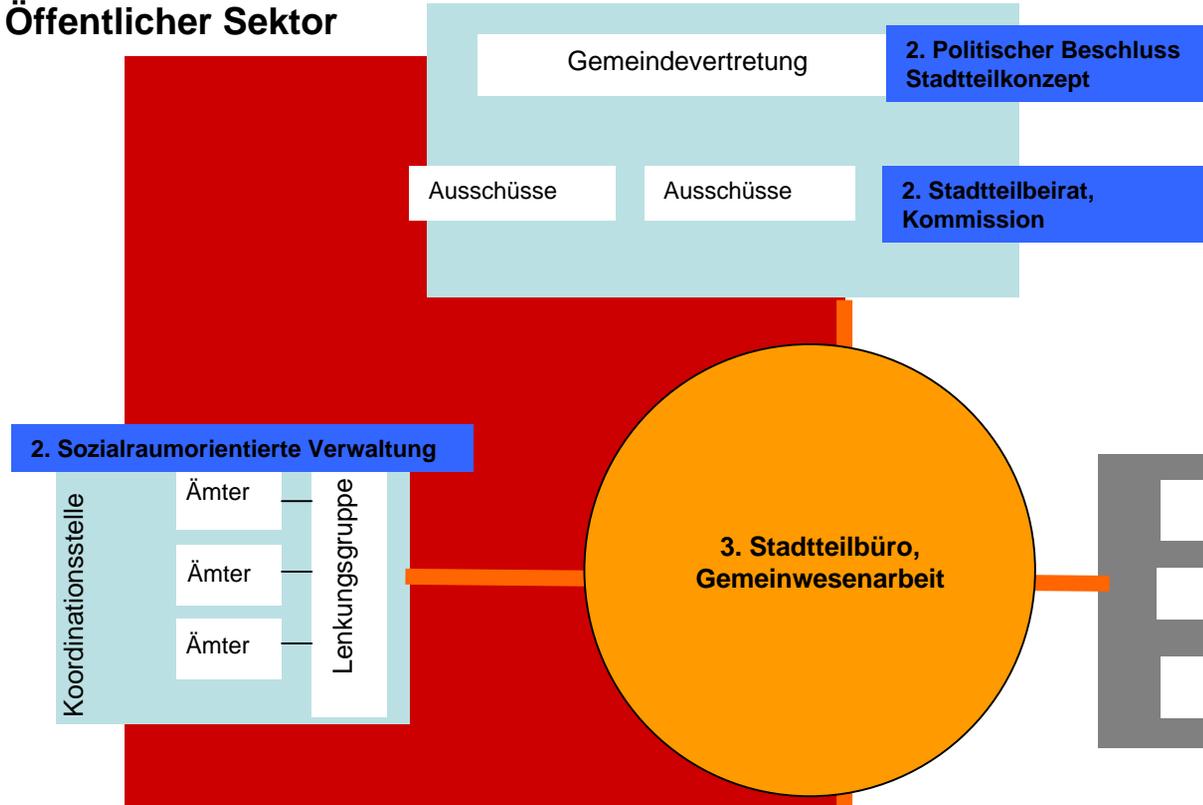
Politische und sonstige Bildungsangebote zur Befähigung eigene Interessen und Belange zu erkennen und zu vertreten

Beteiligungsermöglichende Öffnung von Gremien

1. Gesamtstädtische Steuerungsstruktur als Gemeinschaftsinitiative

Stadtteilbezogene Steuerungsstruktur nachhaltiger Stadtteilentwicklung:

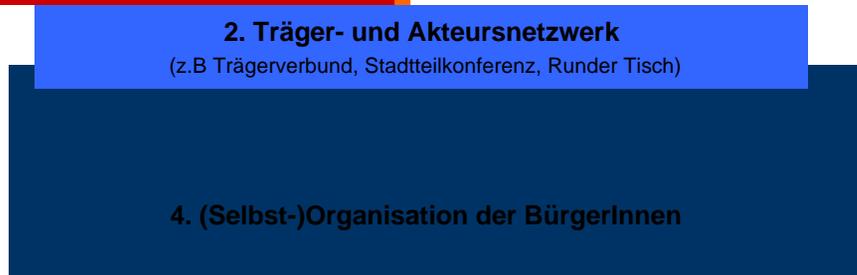
I. Öffentlicher Sektor



II. Privater Sektor



III. Zivilgesellschaftlicher Sektor



LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.

Wir sind offen für neue Kooperationsprojekte und Ideen.
Fragen lohnt sich unter:

LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.
Geschäftsstelle
Moselstraße 25
60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069/25 78 28 - 0
Fax: 069/25 78 28 - 55
E-Mail: mail@lagsbh.de
Internet: www.lagsbh.de

